

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Es gilt hier einen besonderen Dank an die Verwaltung und insbesondere an die Kämmerei auszusprechen. Sie haben es trotz mancher Querschüsse aus der Politik wieder geschafft, alles fertig zu bekommen.

Lange sah es ja nicht so aus, als könnte ein „genehmigungsfähiger“ Haushalt vorgelegt werden, aber letztendlich wurde ein Plan vorgelegt, den wir heute verabschieden sollen. Ein Haushaltsplan, dem man deutlich anmerkt, dass die Kriterien Genehmigungsfähigkeit und das Diktat des unsozialen Stärkungspaktes vieles, was im Sinne der Bürger notwendig wäre, überlagert hat.

Im September klaffte im Entwurf ein Loch von über 28 Millionen Euro, welches durch die Erwartung erhöhter Zuweisungen auf 25 Millionen Euro gedrückt wurde. Den Rest soll eine hohe Erwartung bei den Gewerbesteuereinnahmen ausgleichen?! Dies sehen wir äußerst skeptisch. Die Wirtschaftsprognosen, zugegeben mehr Glaskugelseherei als zutreffend, gehen von einem verminderten Wachstum aus. Dies vorausgesetzt, werden die Gewinne der Betriebe sinken, so auch in Gelsenkirchen, und damit auch die Gewerbesteuereinnahmen. Wie dann ähnlich gute Einnahmen wie in den letzten Jahren erreicht werden sollen, bleibt ein Geheimnis.

Aber vielleicht sollen dies die Erhöhungen im Bereich Grundsteuern ausgleichen? Beschlossen im Jahr 2016 werden sie jetzt wirksam. In dem Haushaltsentwurf heißt es: „eine maßvolle Erhöhung der Grundsteuerarten“.

Maßvoll soll eine Anhebung von mehr als 20% bei der Grundsteuer A und mehr als 40% bei der Grundsteuer B sein? Fragen sie mal die Bürger dieser Stadt, die alle diese Mehrausgaben bestreiten müssen. Solche „maßvollen“ Einkommenserhöhungen hätte der Bürger auch gerne, denn dazu kommen noch Erhöhungen anderer Gebühren, immer schön maßvoll und das läppert sich dann auch schön maßvoll, bis wir Maßlosigkeit erreicht haben, kommt Euro um Euro zusammen.

Dazu kommt auch noch die Diskussion über die Anliegerbeiträge nach dem Kommunalabgabengesetz. Hier initiiert die SPD in Hassel eine Unterschriftenaktion zur Abschaffung bzw. Begrenzung dieser Abgaben. Wie sollen denn die Mindereinnahmen in Zukunft dann aufgefangen werden? Das Land hat einen Vorschlag gemacht, welcher vorsieht, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden sollen. Es soll dann alles über die Grundsteuer abgerechnet werden. Das heißt alle zahlen für die Infrastruktur. So soll es ja auch sein, jedoch nicht über Grundsteuererhöhungen. Wenn die Landesregierung schon solche unsozialen Vorschläge macht, dann soll sie auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Zudem können die Stärkungspaktteilnehmer gar nicht freiwillig auf Einnahmen verzichten und die Grundsteuer ist eh schon viel zu hoch.

Die Grundsteuer ist umlagefähig und trifft damit auch die Mieter. Bei einer Abschaffung der Anliegerbeiträge, die nicht umlagefähig sind, werden wieder einmal nur die Gewinne der großen Immobilienkonzerne gefördert. Denn diese werden die erhöhten Grundsteuern mit Sicherheit gerne umlegen. Die Belastungsgrenze bei den Bürgern ist schon erheblich überschritten. Auch die „zweite Miete“, also die Nebenkosten, muss verringert werden und nicht ausgeweitet.

Die Einführung der Wettbürosteuer wird begrüßt, es wird sich zeigen, ob die Erwartungen sich auch erfüllen.

Die Beteiligungen werden sich weiterhin nicht als Gewinnbringer erweisen. Insbesondere die Stadtwerke werden hier besondere Belastungen für den Haushalt darstellen. Die Zukunftsaufgabe Bäder wird die Stadtwerkebilanz belasten und damit dann auch die städtische. Dies ist aber politisch so gewollt.

Hoffen muss man auf gutes Wetter, nicht zu heiß oder zu nass, damit der Zoom endlich von seinen riesigen Verlusten herunterkommt. Auch diese belasten indirekt den Haushalt.

Die Sparkasse zeigt sich stabil, die Frage ist, wie lange noch. Die Niedrigzinsphase hält an, es werden Filialen geschlossen, Kosten und Gebühren steigen, ob das alle Kunden mitmachen?

Zu den Haushaltsanträgen diesen Jahres nur kurz:

Die CDU hat mal wieder KOD-Wachen bzw. Anlaufstellen gefordert. Wir haben dies abgelehnt. Wir erwarten mehr Stellen bei der Polizei, dafür sollten sie sich bei der von der CDU geführten Landesregierung einsetzen.

Wie sich die erhöhten Stellen bei der Verkehrsüberwachung und im KOD auswirken, werden wir im Laufe des Jahres sehen. Sollte noch mehr Bedarf gesehen werden, wird man dann nachsteuern müssen.

Zu bedauern ist, dass sich keine Verkehrsplaner für Stellen in Gelsenkirchen interessieren. Dies hat offensichtliche Gründe. Der eine ist die nicht ausreichende Bezahlung. Und wer möchte sich schon freiwillig mit dem Chaos beschäftigen, dass sich in Gelsenkirchen Verkehrsplanung nennt? Damit wird es schwierig werden, die nötigen Radwegmaßnahmen durchzuführen, was sowohl für die Infrastruktur als auch für die Luftreinhaltung als äußerst schädlich anzusehen ist. Hier muss man ansetzen und nicht Urteilsschelte betreiben. Jeder, der ernsthaft versucht hat, mit dem Fahrrad über die Kurt-Schumacher-Straße von Schalke-Nord zum Stadttheater zu kommen, wird wissen, was ich meine.

Man muss es jedes Jahr wiederholen, vielleicht wendet sich das Blatt einmal, aber so: DIE LINKE fordert die Entschuldung der Kommunen durch:

- vollständige Gegenfinanzierung der Folgekosten von Arbeitslosigkeit
- ein fünfjähriges Schuldenmoratorium
- eine Politik, die nach dem Motto „Wer die Musik bestellt muss sie auch bezahlen“ (was im Übrigen jeder Kneipenwirt in Gelsenkirchen weiß) den Gemeinden nicht mehr die Kosten von Bundes- und Landespolitik auferlegt

Die KdU müssen noch stärker und schneller vom Bund übernommen werden.

Arbeitslosigkeit in diesen Dimensionen ist ein strukturelles Problem und nicht die Folge persönlichen Versagens des einzelnen Arbeitslosen oder der Gemeinde.

Nicht zu hohe Ausgaben sind das Problem, sondern zu niedrige Einnahmen. Wir brauchen ein sozial gerechtes Steuersystem.

Die Kosten für die Zuwanderung aus EU-Ost müssen noch stärker von Bund und Land übernommen werden.

Die Kosten der Integration von Geflüchteten müssen noch stärker vom Bund übernommen werden.

Eine vollständige Erstattung der Kosten der Unterkunft für Flüchtlinge und Hilfen für Asylbewerber muss durch Bund und Land auch für die Zukunft sichergestellt werden.

Diese Maßnahmen würden den Haushalt deutlich entlasten.

Wir können uns keine weitere soziale Spaltung erlauben, die Kommunen brauchen Gestaltungsspielräume, da hilft nur eine auskömmliche Gemeindefinanzierung.

Zum Schluss noch zu den Bürgerforen. Diese sind kein gleichwertiger Ersatz für einen Bürgerhaushalt wie wir ihn verstehen und schon gar nicht, wenn Beschlüsse eines Bezirksforums anschließend in der Bezirksvertretung gekippt werden, weil die politische Richtung nicht genehm ist. Wie erst kürzlich in der BV West geschehen . Die Bürgerforen werden von den Bürgern angenommen, was sich in den guten Ergebnissen der Vorschläge zeigt. Wir werden diesem Punkt des Haushalts zustimmen.

Ebenso wird der Stellenplan unsere Zustimmung finden. Es müsste allerdings im Ausbildungsbereich noch viel mehr gemacht werden (denken Sie an die in Gelsenkirchen fehlenden Fachkräfte!), aber die ungefähre Richtung stimmt wenigstens.

Dem Haushalt insgesamt werden wir nicht zustimmen.

Da die Mehrheitsfraktion offensichtlich beschlossen hat, auf die harte Tour ihre Politik durchzusetzen und keinerlei Kompromissfähigkeiten zu erkennen gibt, finden wir uns in diesem Haushaltsplan nicht wieder. Einem Haushalt, dessen Lastenverteilung unsozial und unausgewogen und mit hohen Risiken behaftet ist, werden wir unsere Stimmen nicht geben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Martin Gatzemeier
(Fraktionsvorsitzender)

Gelsenkirchen, den 13.12.2018

Es gilt das gesprochene Wort.